

SCHUFA Holding AG • Postfach 1829 • 65008 Wiesbaden
Bundesministerium der Justiz und
für Verbraucherschutz
Herrn Dr. Wolfgang Rühl
Leiter des Referates I B 2
Mohrenstr. 37

10117 Berlin

SCHUFA Holding AG
Kormoranweg 5
65201 Wiesbaden

Corporate Affairs
Bereichsleitung
Serena Holm

Tel.: +49 (0) 611 - 9278-130
Fax: +49 (0) 611 - 9278-357
serena.holm@schufa.de

13. Februar 2015

Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie

Sehr geehrter Herr Dr. Rühl,

haben Sie Dank für die Übersendung des oben genannten Entwurfes und die Möglichkeit, hierzu Stellung zu nehmen.

Wir möchten anregen, in Nr. 22 folgende Änderung vorzunehmen:

22. Nach § 505 werden die folgenden §§ 505a bis 505e eingefügt:

§ 505b

Kreditwürdigkeitsprüfung bei Verbraucherdarlehensverträgen

(1) Bei Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen können Grundlage für die Kreditwürdigkeitsprüfung Auskünfte des Darlehensnehmers ~~und erforderlichenfalls~~ **sowie** Auskünfte von Stellen sein, die geschäftsmäßig personenbezogene Daten, die zur Bewertung der Kreditwürdigkeit von Verbrauchern genutzt werden dürfen, zum Zweck der Übermittlung erheben, speichern, verändern oder nutzen.

Begründung:

Die bisherige Fassung spiegelt das von sämtlichen Kreditinstituten praktizierte Verfahren zur Kreditwürdigkeitsprüfung nur unzureichend wider (1) und wird den erhöhten Anforderungen, die mit der Umsetzung der Richtlinie an die Kreditwürdigkeitsprüfung gestellt werden, nicht mehr gerecht (2):

1.

In der Gesetzesbegründung aus dem Jahr 2009 wird zur Einführung des damaligen § 509 S. 2 BGB, der hier als § 505b BGB übernommen wird, ausgeführt:

„Satz 2 bestimmt, dass sich der Unternehmer zur Bewertung der Kreditwürdigkeit auf die Auskünfte des Verbrauchers oder von Auskunftsteilen stützen kann. Dem Unternehmer ist es unbenommen, die Kreditwürdigkeit aufgrund eigener Kenntnis zu bewerten. Dies kann insbesondere der Fall sein, wenn eine längere Geschäftsbeziehung zwischen Verbraucher und Unternehmer besteht und der Unternehmer eine „Kredithistorie“ angelegt hat, die nach den datenschutzrechtlichen Vorschriften im Einzelfall zulässig sein muss.“

Alle Kreditinstitute greifen bei der Risikoabschätzung neben den Ihnen bereits vorliegenden Informationen (bei bestehender Geschäftsbeziehung) und den Auskünften des Verbrauchers zusätzlich auf Informationen von Auskunftsteilen zurück. „Fremdscores“ sind immer ein Bestandteil des komplexen Risikomanagementsystems eines Kreditinstituts. Dies deshalb, weil Finanzinstitute selber immer nur über einen Teil der für eine einwandfreie Kreditwürdigkeitsprüfung notwendigen Daten verfügen. Sämtliche Daten, die für ein umfassendes Bild des Verbrauchers hinsichtlich seiner Kreditwürdigkeit notwendig sind, z.B. zur vergangenen Kredithistorie, liegen den Instituten nicht vor, bzw. können so im Detail von ihnen nicht abgefragt/erhoben werden. Hier sind sie auf die Hilfe von Auskunftsteilen angewiesen. In die Scores der SCHUFA Holding AG fließen daher beispielsweise neben weiteren bestehenden oder abgelösten Krediten bei anderen Banken auch Informationen über Handy- und Warenkreditverträge, aber auch über unstrittige nicht bezahlte Rechnungen sowie Daten über vollstreckbare Titel und die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens ein.

Vor diesem Hintergrund trifft die in der Begründung dargestellte Alternativität „Auskünfte des Verbrauchers *oder* Auskunftsteilen“, die mit dem Gesetzestext „und *erforderlichenfalls* Auskünfte von Stellen sein,...“ korrespondiert, nicht zu.

2.

Weiterhin stellt der neue § 505b Abs. 2 BGB erhöhte Anforderungen an die Kreditwürdigkeitsprüfung. Nunmehr soll diese erfolgen „auf der Grundlage notwendiger, ausreichender und angemessener Informationen zu Einkommen, Ausgaben sowie anderen finanziellen und wirtschaftlichen Umständen des Darlehensnehmers“.

Die RL schreibt sogar vor, es sollen „**sämtliche erforderlichen und relevanten Faktoren berücksichtigt werden** (...), die die **Fähigkeit eines Verbrauchers beeinflussen könnten** (...).“

Insofern wäre vor dem Hintergrund der oben unter Punkt 1. dargestellten Umstände sogar an eine *verpflichtende Anfrage* von Auskunftseien zu denken, um diese relevanten Faktoren möglichst zu umfassend zu erfassen.

Zumindest aber sollte das „erforderlichenfalls“, das tatbestandlich einschränkend wirkt und einen Alternativitätsgedanken zum Ausdruck bringt, ersetzt werden durch eine Aufzählung mit dem Wort „sowie“.

Für Rückfragen jedweder Art stehe ich sehr gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

SCHUFA Holding AG



Serena Holm

Bereichsleiterin Corporate Affairs